

## **DRINGLICHKEITSANTRAG**

des **Landtagsklubs FRITZ – Bürgerforum Tirol**

bzw. der Abgeordneten KO Dr. Andrea Haselwanter-Schneider und Dr. Andreas Brugger

betreffend:

### **Flüchtlingen in Tirol eine Zukunft geben – Tirolern Ängste und Sorgen nehmen! Integrationskonzept des Landes bis Ende des Jahres ausarbeiten!**

Die unterfertigten Abgeordneten stellen den

#### **DRINGLICHKEITSANTRAG:**

Der Landtag wolle beschließen:

**„Die Landesregierung wird aufgefordert, ein Integrationskonzept auszuarbeiten und bis Ende des Jahres vorzulegen, um die anstehenden Herausforderungen zu bewältigen:**

- **Wo sollen die heutigen Asylsuchenden nach ihrer Anerkennung als Flüchtlinge in Tirol wohnen?**
- **Wo und wie sollen sie als anerkannte Flüchtlinge in Tirol – insbesondere bei der herrschenden Rekordarbeitslosigkeit – eine Arbeit finden, von der sie und ihre Familien leben können?**
- **Welche Ausbildungen haben die Asylsuchenden bzw. anerkannten Flüchtlinge, welche davon sind bei uns anerkannt und welche Zusatzausbildungen brauchen sie?**
- **Wie können die Jugendlichen unter den anerkannten Flüchtlingen eine Lehrstelle finden und die Berufsschule abschließen?**
- **Wie können die anerkannten Flüchtlinge in Tirol schnellstens der deutschen Sprache mächtig werden?**
- **Wie viele zusätzliche Sprachkurse wird es dafür brauchen und wie viel zusätzliches Budget?**

**Außerdem soll das Integrationskonzept aufzeigen, wie die Flüchtlingskinder im Kindergarten und in der Schule schnellstmöglich gut Deutsch lernen und erfolgreich integriert werden können.“**

Bei Nichtzuerkennung der Dringlichkeit möge der Antrag gem. § 27 Abs 3 GeoLT dem **Ausschuss für Gesellschaft, Bildung, Kultur und Sport** zugewiesen werden.

## **B E G R Ü N D U N G:**

Wer heute Asylsuchender in Tirol ist, kann morgen anerkannter Flüchtling in Tirol sein. Damit stehen die Tiroler Gesellschaft, die Tiroler Politik und die betroffenen Menschen, die zu uns nach Tirol geflüchtet sind oder bei uns stranden, vor neuen Herausforderungen.

Die Menschen in Tirol haben Angst und Sorgen, um ihren Arbeitsplatz, um ihre Wohnungssuche, und viele Fragen. Die Landesregierung hat die Verpflichtung, sich dieser Ängste und Sorgen anzunehmen, den Menschen reinen Wein einzuschenken und ihnen Antworten auf ihre Fragen zu geben. Fakt ist, viele der heute in Tirol Asylsuchenden, werden Asyl in Tirol erhalten müssen, weil sie aus Kriegsgebieten wie Syrien, dem Irak, Libyen oder Afghanistan kommen. Weil zu erwarten ist, dass die dort herrschenden Auseinandersetzungen kein rasches und friedliches Ende finden, werden viele dieser zu uns nach Tirol geflüchteten oder in Tirol gestrandeten Menschen bei uns in Tirol bleiben. Es werden auch in den nächsten Monaten und Jahren weitere Menschen aus diesen Kriegs- und Notgebieten zu uns kommen und bei uns bleiben oder bleiben wollen. Wie geht es mit diesen Menschen in Tirol weiter, wo können sie wohnen, wo arbeiten, wo gehen ihre Kinder zur Schule? Diese Fragen muss die Landesregierung den Menschen in Tirol beantworten.

Wer heute Asylwerber in Tirol ist, wird aus der Grundversorgung unterstützt, die Bund und Länder im Verhältnis 60% zu 40% finanzieren, wer morgen anerkannter Flüchtling in Tirol ist, wird aus der Mindestsicherung unterstützt, die Land Tirol und Gemeinden im Verhältnis 65% zu 35% finanzieren.

Die Tiroler Landesregierung darf sich daher aus diesen vorher genannten Gründen nicht nur mit der Suche nach geeigneten Asylnotquartieren beschäftigen, sondern sie muss sich auch mit einem ausgeklügelten Integrationskonzept um die Zukunft der Menschen in Tirol und um ein gedeihliches Zusammenleben mit den Menschen in Tirol kümmern.

Wer aus einem Asylnotquartier kommt und dort als Asylwerber keinem Job nachgehen durfte, hat nachvollziehbarerweise kein Geld für eine Wohnung am privaten Wohnungsmarkt. Wer als anerkannter Flüchtling nicht mehr im Asylnotquartier wohnen kann, hat aber auch kaum Chancen sofort Arbeit am Arbeitsmarkt zu finden. Insbesondere, weil Arbeitsplätze aufgrund der herrschenden Rekordarbeitslosigkeit weiterhin rar bleiben werden und weitere Asylwerber und Flüchtlinge nachkommen. Vordringlichste Aufgabe dieses Integrationskonzeptes des Landes ist also die Lösung der Frage, wo die anerkannten Flüchtlinge nach ihrem Auszug aus dem Asylnotquartier wohnen und mit welcher Arbeit sie zu eigenem Geld kommen sollen? Ohne die Lösung dieser Fragen, werden die Menschen in Tirol weiterhin Sorgen und Ängste haben und die anerkannten Flüchtlinge werden im sozialen Netz der Mindestsicherung landen.

Die Tiroler Gesellschaft und die Tiroler Politik werden sich darauf einstellen müssen, dass viele Menschen, die aus Kriegs- und Notgebieten nach Tirol kommen, auch in Tirol bleiben oder bleiben wollen. Diese Herausforderung gilt es für die Landesregierung offensiv anzunehmen.

Menschen, die in Tirol leben, brauchen also Wohnungen und Arbeit, sie müssen die Tiroler Gesellschaft und ihre Werte und Einstellungen verstehen lernen können und die Tiroler Gesellschaft muss ihnen Integration und Spracherwerb möglich machen:

- Es braucht daher günstige Übergangswohnungen – nach dem Asylnotquartier und vor der Wohnung am privaten Wohnungsmarkt.
- Es braucht in Absprache und Zusammenarbeit mit der Tiroler Wirtschaft und Industrie ein Angebot für zusätzliche Arbeitsplätze sowie Lehrstellen und Berufsschulmöglichkeiten.
- Es braucht in Absprache und Zusammenarbeit mit den Bildungsanbietern sowie dem Arbeitsmarktservice (AMS) viel mehr Deutschkurse und Spezialisierungskurse für den Arbeitsmarkt. Es wird Zusatzausbildungen, Aus- und Weiterbildungen brauchen.
- Es braucht die Finanzierung all dieser Maßnahmen.

Schließlich muss das Integrationskonzept des Landes in Absprache und Zusammenarbeit mit den Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen besonders die Kinder und Jugendlichen im Auge haben. So wird es für die Kinder Sprachkurse in der Kinderbetreuung und im Kindergarten brauchen, um den späteren Einstieg in die Schule zu schaffen. Für die schulpflichtigen Kinder werden Zusatzsprachkurse nötig sein, um in der Schule mitzukommen. Für die Jugendlichen braucht es Schul- und Lehrplätze.

Ein umfassendes Integrationskonzept des Landes, das bis Ende des Jahres vorliegen soll, muss daher sicherstellen, dass diejenigen Menschen, die aus Kriegs- und Notgebieten zu uns kommen und bei uns bleiben oder bleiben wollen, auch einen Platz in unserer Gesellschaft finden.

#### **Zur Dringlichkeit:**

Die Dringlichkeit wird dadurch begründet, dass sich viele Tiroler heute Sorgen machen, ob die Landesregierung überhaupt im Stande ist, sich um die Menschen zu kümmern, die zu uns gekommen sind und länger bei uns bleiben werden, nachdem schon bei der Suche nach geeigneten Asylnotquartieren eine teilweise Überforderung der Zuständigen feststellbar gewesen ist.

Zudem braucht es rasche Lösungen für die betroffenen Menschen und vor allem für die Kinder und Jugendlichen, nachdem die Schule auch wieder begonnen hat.

Die Landesregierung soll deshalb mit einem umfassenden Integrationskonzept beweisen, dass sie willens und in der Lage ist, mit den Herausforderungen – Stichwort Wohnen, Arbeit und Integration – für die anerkannten Flüchtlinge klar zu kommen und den Menschen in Tirol ihre Sorgen und Ängste zu nehmen und ihre Fragen zu beantworten.

Innsbruck, am 01. Oktober 2015